

## KOMMENTARE



## Was Eltern wollen

Schulpolitik in NRW: Schwarz-Gelb muss liefern

► MADELEINE GULLERT

Schulpolitik wird häufig belächelt – zu Unrecht. Denn auch wenn die Analysten als Hauptgrund für die Wahlniederlage der rot-grünen NRW-Landesregierung vor allem das Versagen im Bereich Innere Sicherheit sahen, darf der Einfluss der Schulpolitik nicht unterschätzt werden. Auch für die wahrscheinliche neue schwarz-gelbe Landesregierung wird es in der kommenden Legislaturperiode nicht leicht, weil Schulpolitik äußerst undankbar ist. Exemplarisch steht hierfür sicher das umstrittene „Turbo-Abitur“, das Schwarz-Gelb einst selbst eingeführt hatte und unter Rot-Grün zunehmend zum Politikum wurde.

Überhaupt kennt die künftige Landesregierung die Worte, die die Lehrer, Eltern und Verbände hören wollen. Der designierte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet hat schon angekündigt, mehr Lehrer einzustellen, mehr Geld für die Sanierung von Schulen bereitzustellen, den Unterrichtsausfall systematisch zu erfassen und zu bekämpfen. FDP-Chef Christian Lindner versprach eine Unterrichtsgarantie.

Herrschen bald also paradisiische Zustände an NRW-Schulen? Wohl kaum. Die Vorhaben klingen gut, sie müssen aber auch erst einmal umgesetzt werden. Ganz gleich, welche politischen Präferenzen man nun hat: Niemand kann Rot-Grün ernsthaft vorwerfen, sie hätten nicht ähnliche und gute Absichten in Sachen Bildungspolitik gehabt. Unter der Noch-Landesregierung wurden tausende neue Lehrer eingestellt, das G8 wurde verbessert – und das trotz der Belastung für Schulen durch steigende

Flüchtlingskinderzahlen.

Wie geht es weiter mit G8/G9 und wie mit der Inklusion? Das sind die beiden drängendsten Fragen, die in NRW jetzt geklärt werden müssen. Ganz sachlich. Doch an einer intelligenten Debatte hapert es. Die Stimmung innerhalb der Verbände, unter Lehrern und Eltern ist aufgeheizt. Die Fronten sind verhärtet. Doch auch wenn die Idee von CDU und FDP, den Schulen eine Wahlfreiheit einzuräumen, schon harsch kritisiert wird, scheint die „Turbo-Abitur“-Frage leichter zu lösen zu sein als die Inklusions-Debatte.

Fehlendes Fachpersonal und schlechte Ausstattung werden seit Jahren bemängelt, auch gestern wieder. Die Inklusion in Deutschland und besonders in NRW hat aber ein viel grundlegenderes Problem: In einem selektiven, dreigliedrigen Schulsystem zu inkludieren, ist der Versuch der Quadratur des Kreises. Förderschulen nicht zu schließen, was Schwarz-Gelb nun ankündigt, ist nicht die Lösung des Problems. Im Gegenteil. Behinderte und nicht behinderte Kinder haben das Recht, gemeinsam zu lernen. Das ist nicht verhandelbar.

Schwarz-Gelb hat von 2005 bis 2010 keine Glanzleistung in der Schulpolitik abgeliefert. Umso lauter kritisierte man danach allerdings Rot-Grün. Nun müssen Laschet und Lindner zeigen, dass sie es wirklich besser können. Auch wenn es sicherlich kein Traumjob ist, muss der künftige Schulminister ein starker sein und keine Notlösung, weil Schüler, Eltern und Lehrer Ruhe brauchen.

► m.gullert@zeitungsverlag-aachen.de

## TRUMP UND EUROPA



„Trump muss durchhalten“: In der CDU hofft man, dass Angela Merkel (neben Donald Trump auf Sizilien) im Wahlkampf nun auftrumpft. Foto: dpa

## Emanzipation einer US-Freundin

Es ist keine Abkehr der Kanzlerin von den USA. Dafür ist ihr die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten viel zu wichtig. Aber sie löst sich von dem neuen Präsidenten – und will Europa stärken. Ein schwerer Gang.

VON KRISTINA DUNZ

Berlin. Von diesem Traum erzählt Angela Merkel immer wieder: Im Rentenalter wollte sie unbedingt zualterer nach Amerika. Da war die Physikerin noch jung, eine recht brave DDR-Bürgerin und hinter einer Mauer eingesperrt. Die USA waren für sie der Inbegriff von Freiheit. Für Meinung, Religion, Presse, Reisen, einfach alles. Ihr Traum wurde viel früher wahr. Die Mauer fiel, die Naturwissenschaftlerin kämpfte sich in der Politik nach ganz oben. In Deutschland, Europa, in der Welt. Washington als wichtigster Partner an der Seite. Doch jetzt geht Merkel einen neuen Weg.

Ein Satz im Bierzelt

„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei, das habe ich in den letzten Tagen erlebt.“ Merkel hat das am Sonntag in einem Bierzelt in München gesagt, wenige Stunden nach Ende des für den Zusammenhalt der westlichen Industrienationen desaströsen G7-Gipfels auf Sizilien. Ernüchtert, desillusioniert, verstimmt. Nicht über den großen Freund und Partner USA im Ganzen, sondern über seinen neuen Präsidenten Donald Trump. Und auch ein wenig über Großbritannien, das der EU den Rücken kehrt – und in ihrer Mitte doch so sehr gebraucht würde.

Merkel weiß um die vielen Stimmen in den USA, die sie nach der Wahl von Trump im vorigen Herbst als letzte Retterin der libera-

len westlichen Werte auserkoren hatten. „Völlig absurd“ nannte Merkel das damals. Aber inzwischen arbeitet sie an diesem Ruf – ob gezielt oder automatisch. Vertrauen, Berechenbarkeit – das ist der Kitt, der Partner zusammenhält, auch wenn es mal kracht und sheppert. Aber wenn es für Merkel auch nur „ein Stück vorbei“ ist, wird es ernst.

Sie hat die USA trotz mancher Hindernisse wie in der Finanzkrise mit US-Präsident George W. Bush oder mit der Abhöraffaire zu Zeiten Barack Obamas immer unbeirrt als wichtigsten Partner bezeichnet.

Weil die Bundesrepublik nach denselben Werten strebt, nach Freiheit, Gleichheit, Menschenrechten, Gerechtigkeit. Aber auch, weil Deutschland auf die Hilfe der USA bei Sicherheit, Verteidigung und Geheimdiensten angewiesen ist. Daran will Merkel sicher nichts ändern. Regierungssprecher Steffen Seibert betont gestern: „Da hat eine zutiefst überzeugte Transatlantikerin gesprochen.“ Gerade weil die transatlantischen Beziehungen so wichtig seien, sei es auch richtig, Differenzen ehrlich zu benennen. Aber das tut eben weh.

In den jüngsten Wochen hat Merkel auffallend oft betont, man müsse in Jahren, wenn nicht Jahrzehnten rechnen. In der DDR hätten viele an den Mauerfall geglaubt und seien belächelt worden. Und nach 28 Jahren sei es gekommen. Sie könnte auch sagen: Die

Amtszeit eines US-Präsidenten ist spätestens nach acht Jahren zu Ende.

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley wirft Merkel vor, ihre Kritik an den USA inszeniert zu haben. „Es ist keine Kunst, im Bierzelt über Donald Trump zu schimpfen“, sagt sie. Das hätte Merkel beim G7-Gipfel tun sollen. Aber die kurze Passage in Merksels Wahlkampfreden bei der CSU von Horst Seehofer in München wird schnell von Medien in den USA und auch in Großbritannien verbreitet. Als hätte Merkel eine Brandrede gehalten. Es gibt lange Berichte, Analysen, Fra-

„Da hat eine zutiefst überzeugte Transatlantikerin gesprochen.“

REGIERUNGSSPRECHER STEFFEN SEIBERT ÜBER MERKEL

gezeichnen, was Merkel, die wohl mächtigste Frau der Welt, damit nun bewegen wird. Wird Europa Amerikas Platz als wichtigster Partner einnehmen? Wird Frankreichs neuer Präsident Emmanuel Macron nun der international engste Verbündete Merksels, die große Hoffnungen in ihn bei Wirtschaftsreformen und der Weiterentwicklung der EU setzt.

Merkel dürfte sich der Brisanz ihrer Worte bewusst gewesen sein. Zwar ist sie längst im Wahlkampf für die Bundestagswahl am 24. September. Aber sie gilt nicht als Zockerin. Sie würde das deutsch-

amerikanische Verhältnis kaum derart auf die Probe stellen, sähe sie nicht eine Gefahr in Trumps Verhalten. Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) spricht gar von einem „Ausfall der Vereinigten Staaten als wichtige Nation“ und einer „Veränderung im Kräfteverhältnis in der Welt“. Sein Fazit: „Der Westen wird gerade etwas kleiner.“

Also Europa. Merksels gar nicht neue, jetzt aber um so drängendere Botschaft ist eben: Europa muss sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Das wird aber eine riesige Herausforderung: Vor allem für die Sicherheit, die Verteidigung und die Nachrichtendienste. Ohne die USA läuft da wenig. Sie haben Deutschland und Europa durch ihre Kenntnisse und Fähigkeiten oft vor Schlimmerem bewahrt.

Die Liebe vieler Menschen in den EU-Staaten zu Kommission und Parlament hält sich auch schwer in Grenzen. Ebenso die Unterstützung in jenen Ländern, die Merkel wie südliche EU-Staaten schwere Fehler in der Bewältigung der Finanzkrise (zu harte Reformen für verschuldete Länder) und wie Ungarn Fehler in der Flüchtlingskrise (zu weiche Haltung gegenüber Migranten) vorhalten.

Dennoch, Merkel werde im Wahlkampf mit dieser internationalen Aufmerksamkeit wieder zur Hochform auflaufen, heißt es in ihrer CDU. Es werde das Augenmerk auf die außenpolitischen Spannungen gerichtet und von den innenpolitischen abgewendet. Ein Christdemokrat sagt zynisch: „Trump muss durchhalten.“

## „Wir müssen weiter mit Donald Trump reden“

Amerika-Koordinator Jürgen Hardt glaubt noch an Einsichtsfähigkeit. Festhalten an Nato-Beschlüssen.

Berlin. Was geht noch im Verhältnis zu den USA, nachdem selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich auf Distanz zu Donald Trump gegangen ist? Unser Berliner Korrespondent Werner Kolhoff fragte den Regierungsbeauftragten für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, den Bundestagsabgeordneten Jürgen Hardt (CDU).

Sind die USA tatsächlich kein verlässlicher Partner für Europa mehr, wie Angela Merkel gesagt hat? Hardt: Ich glaube schon, dass Amerika auch zukünftig ein starker Partner für Europa sein wird. Dass die USA aber in allen globalen Fragen immer auch bereit sein werden, in die erste Reihe zu treten und gemeinsame Lösungen voran zu bringen, daran habe ich ebenfalls meine Zweifel. Das ist, glaube ich, das, was die Bundeskanzlerin zum Ausdruck bringen wollte.

Wie kommt Trumps außenpolitischer Kurs im eigenen Land eigentlich an?

Hardt: In Amerika beschäftigen sich nur wenige Menschen überhaupt mit Außenpolitik. Im Kongress bringt Trumps unklare außenpolitische Linie zwar einiges

Stirnrunzeln und zum Teil Widerstand hervor. Ich glaube allerdings nicht, dass ihm das innenpolitisch schadet.

Wer oder was könnte ihn zur Besinnung bringen?

Hardt: Wir Europäer müssen weiter sowohl mit ihm, als auch mit seiner Regierung, als auch mit dem Parlament und dem US-Kongress intensiv über die transatlantischen und globalen Themen reden. Über den freien Handel, die Außen- und Sicherheitspolitik, den Klimaschutz. Ich setze darauf, dass wir im Zeitverlauf für unsere Argumente mehr und mehr Gehör finden. Denn die Position Trumps ist inkonsistent und wird deshalb auf Dauer nicht durchhaltbar sein.

Kann das G20-Treffen Anfang Juli in Hamburg unter diesen Vorzeichen überhaupt noch ein Erfolg werden?

Hardt: Alle Gipfel-For-

mate, ob G7, Nato-Gipfel oder G20, sind umso wichtiger, je kontroverser einzelne Themen behandelt werden. Wo sonst sollten sich die Mächtigen der Welt direkt über ihre unterschiedlichen Auffassungen austauschen? Hier können die Konflikte auf den Tisch kommen, und das ist immer der erste Schritt für mögliche Kompromisse. Das gilt auch für Hamburg.

Es gibt bereits Forderungen, dass Deutschland und Europa die geheimdienstliche Zusammenarbeit mit den USA reduzieren sollen. Was halten Sie davon?

Hardt: Nichts. Die Zusammenarbeit der Geheimdienste über den Atlantik hinweg ist ein wichtiges Element unserer Sicherheit. Wir würden uns also nur selbst schaden. Allerdings könnte sich die EU in ihrer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik mehr anstrengen. Sie bleibt hier bisher hinter

ihren eigenen Möglichkeiten.

Die SPD und die Oppositionsparteien stellen aber die Erfüllung der Nato-Verabredung in Frage, dass jedes Mitgliedsland zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben soll.

Hardt: Das ist seit langem die gemeinsame Zielmarke. Bereits vor drei Jahren hat die Nato auf ihrem Gipfel in Wales auf das veränderte Sicherheitsumfeld reagiert und das Zwei-Prozent-Ziel bekräftigt. Auch wir haben uns dazu verpflichtet, uns auf dieses Ziel zuzubewegen. Wir tun dies bereits durch deutliche Haushaltserhöhungen. Es gibt keinen Grund, von unseren Zusagen abzuweichen, nur weil Donald Trump jetzt US-Präsident geworden ist.

Ist eine Gegenstrategie zu Trump also, dass Europa sich stärker macht?

Hardt: Dann wird Europa auch ein besserer und stärkerer Partner für Amerika sein und zwar unabhängig davon, wer dort gerade Präsident ist.



## Reförmchen fürs Alter

Große Koalition will Betriebsrenten stärken

► STEFAN VETTER (BERLIN)

Das die gesetzliche Rente langfristig kaum noch geeignet ist, den gewohnten Lebensstandard im Ruhestand zu sichern, sollte sich inzwischen herumgesprochen haben. Nun startet die Bundesregierung einen neuen Versuch, um das Vorsorge-Bewusstsein zu schärfen: Die Betriebsrente soll es richten. Und das ist zunächst einmal grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn die Gesetzespläne von einem wirklich großen Wurf weit entfernt sind.

Für Niedrigverdiener soll der Arbeitgeber einen zusätzlichen Obolus einzahlen. Ein weiteres Plus aus Sicht der Betroffenen: In der Auszahlungsphase wird die Betriebsrente künftig nicht mehr automatisch mit der Grundversicherung verrechnet. Den wohl größten Webfehler beseitigt die Reform indes nicht: Die aller-

meisten „Betriebsrentner“ werden auch künftig auf ihre Extra-Bezüge den vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag abführen müssen. Das schmälert die Auszahlungen erheblich – und die Akzeptanz des Modells. Ein weiteres Manko: Das Gesetzesvorhaben ist mit der neuen Arbeitswelt kaum vereinbar. Ein Job auf „Lebenszeit“, das war einmal. Wer das auch noch branchenübergreifend tut, für den wird die Betriebsrente auch in Zukunft kaum rentabel sein.

Damit bleibt am Ende auch unklar, in welchem Maße die neuen Möglichkeiten genutzt werden. Entgegen sonstigen Gepflogenheiten hält sich die große Koalition auffällig zurück. Klar ist allerdings: Die Betriebsrenten allein lösen das Rentenproblem der Zukunft gewiss nicht.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

## AKTUELLES STICHWORT

## Klimaabkommen von Paris

Seit Monaten fürchten Klimaschutzler, dass Donald Trump seine Ankündigung aus dem Wahlkampf wahr macht und aus dem UN-Klimaschutz aussteigt. Diese Woche will der US-Präsident sich entscheiden. Trump hat zwei Möglichkeiten: Die USA können die gesamte sogenannte Klimarahmenkonvention verlassen oder nur das Pariser Klimaschutzabkommen. Der schnellere Weg wäre, die Rahmenkonvention und damit die Basis der gesamten Klimadiplomatie der Vereinten Nationen aufzukündigen, die die USA 1992 unter dem republikanischen Präsidenten George W. Bush ratifiziert haben. Der Rückzug daraus dauert mindestens ein Jahr. Ein Staat muss den Schritt schriftlich ankündigen. Die Frage, ob Trump das allein könnte, könnte vor Gericht landen.

Das Klimaabkommen von Paris legt fest, dass ein Staat, der die Rahmenkonvention verlässt, auch nicht mehr Teil des Abkommens ist. Drei Jahre nach seinem Inkrafttreten für einen Staat kann er seinen Rücktritt schriftlich ankündigen und ist frühestens ein Jahr später raus. Das Abkommen ist am 4. November 2016 in Kraft getreten, die USA waren schon dabei. Ein Austritt wäre im November 2020 möglich. Am 3. November 2020 wird voraussichtlich neu gewählt.

Welche Folgen ein Austritt der USA hätte, ist im Detail nicht vorherzusagen. Derzeit gehen Experten aber davon aus, dass es keinen Dominoeffekt geben würde, weil sich unter anderem China und viele südamerikanische Staaten mit einer Art „Jetzt-erst-recht“-Haltung zum Klimaschutz bekennen. (dpa)



Mahnt zur Ruhe: Jürgen Hardt (CDU). Foto: dpa